



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 105. Ratssitzung vom 28. August 2024

3574. 2024/189

Weisung vom 17.04.2024:

Motion von Dr. David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten», Pilotprojekt, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Für das vierjährige Pilotprojekt «Social Prescribing» werden neue einmalige Ausgaben von 2 507 000 Franken bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Die Motion GR Nr. 2020/83 von Dr. David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol (beide AL) vom 4. März 2020 betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Dispositivziffer 1 / Kommissionsreferat Dispositivziffer 2:

Moritz Bögli (AL): *Letztes Jahr hat der Stadtrat eine Weisung zu dieser Motion vorgelegt, die der Gemeinderat nicht abgeschrieben hat. Nun liegt eine neue Weisung vor. «Social Prescribing» ist ein holistischer Ansatz in der Gesundheitsversorgung, der aus Grossbritannien stammt. Dabei erhalten Patient*innen, deren Gesundheitszustand wohl nicht allein durch Mittel der klassischen Medizin verbessert werden kann, Zugang zu bestimmten sozialen Angeboten, die helfen könnten. Ziel ist die Verbesserung der Gesundheit der Patient*innen, aber auch eine Entlastung des Gesundheitspersonals. Potenziell könnte eine Kostenminderung im Gesundheitswesen erreicht werden, da die Gründe für die Krankheit direkt behandelt werden. Die Weisung sieht ein Pilotprojekt für 2,5 Millionen Franken vor, mit dem die Abläufe, Strukturen und Erfolgsmöglichkeiten des Social Prescribing getestet werden. In der letzten Weisung waren es 800 000 Franken. Zusätzlich werden mehr Vollzeitstellen für die sogenannten «link workers» ermöglicht, die Patient*innen mit den Sozialen Diensten in Kontakt bringen. Neu sind die link workers direkt in den Ambulatorien angesiedelt, was die Abläufe vereinfacht und die Chance erhöht, dass das Angebot wahrgenommen wird. Zudem wird eine Fachstelle geschaffen, die das Angebot koordiniert, und es wird für wissenschaftliche Fachbegleitung gesorgt. Die Kommissionmehrheit ist der Meinung, dass das Pilotprojekt in seiner jetzigen*



Form eine gute Umsetzung der Motion darstellt und empfiehlt die Zustimmung.

Kommissionsminderheit Dispositivziffer 1:

Thomas Hofstetter (FDP): *Die FDP-Fraktion hat das Pilotprojekt letzten November abgelehnt und wird dies heute aus denselben Gründen tun. Mit diesem zweiten Versuch kostet das Projekt 2,5 Millionen Franken, also etwa 1,5 Millionen Franken mehr als letztes Mal. Damit werden vor allem mehr Stellen finanziert, was die rot-grüne Seite natürlich freut. Wir sind der Meinung, dass die Anliegen der Motion bereits vom heutigen System bedient werden. Der Stadtrat musste lange suchen, bevor er ein Feld im Gesundheitswesen fand, wofür es überhaupt Bedarf an Social Prescribing im Sinn dieser Motion gibt. Fündig wurde er im ambulanten Bereich. Aus unserer Sicht wird hier ein Luxusproblem auf Kosten des Steuerzahlers bewirtschaftet. Aber das ist im Gemeinderat ja Alltag. Seitens des Stadtrats wäre weniger Euphorie angebracht, dass nun doch ein Ort gefunden wurde, wo Geld ausgegeben werden kann. In der Kommission wurde gesagt, durch die Umsetzung der Motion fände eine Entlastung des Gesundheitswesens und -personals statt. Auf Nachfrage hiess es, der Nutzen könne nicht genau quantifiziert werden. Wir werden die Entwicklung beobachten und bei Bedarf politisch aktiv werden. Erstaunt hat mich, dass die Die Mitte/EVP-Fraktion und die GLP diesem Projekt zustimmen, da David Ondraschek (Die Mitte) bei der letzten Diskussion sagte, die Motion sei bereits umgesetzt.*

Weitere Wortmeldungen:

David Ondraschek (Die Mitte): *Der Stadtrat hat sich noch einmal über die Vorlage gebeugt und sie erheblich verbessert. Die link workers direkt in den Ambulatorien des Stadtspitals einzusetzen, schafft Nähe am richtigen Ort und verbessert die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Die Die Mitte/EVP-Fraktion befürwortet das Pilotprojekt nun.*

Pascal Lamprecht (SP): *Für die SP ist klar, dass die soziale Dimension der Gesundheit verstärkt und soziale Umstände in Krankheitsdiagnosen einbezogen werden müssen. Das Ziel soll sein, dass Betroffene, insbesondere chronisch kranke Menschen, gezielt aus krank machenden Situationen herausgeführt und in die Gesellschaft reintegriert werden. Dafür reichen rein medizinische Massnahmen nicht. Ein gutes Beispiel dafür sind stressbedingte Krankheiten, die in der Gesellschaft immer öfter vorkommen. Im besten Fall kann so vielen Menschen geholfen und langfristig können Kosten im Gesundheitssystem gesenkt werden. Wir begrüssen, dass mehr Mittel für das Pilotprojekt zur Verfügung gestellt werden, damit es effektiv getestet werden kann.*

Nicolas Cavalli (GLP): *Bekanntlich können auch nicht-medizinische Massnahmen die Gesundheit fördern. Public-Health-Themen gehen über die rein medizinische Fragestellung hinaus. Es macht Sinn, den Genesungsweg einer Patientin gesamthaft zu betrachten. Die ursprüngliche Idee der AL hatten wir damals unterstützt, aber gesagt, dass die*



Weisung des Stadtrats nicht sinnvoll war. Wir haben unsere Einstellung noch einmal diskutiert und sind zu folgendem Schluss gekommen: Möchte man eine Bewegung von der stationären zur ambulanten Versorgung fördern, wie es die GLP klar tut, muss man konsequent sein. Es tut sich tatsächlich eine Finanzierungslücke auf, wenn Personen aus der ambulanten medizinischen Betreuung entlassen werden. Dies geschieht wegen der Abrechnung, die man in diesem Bereich nicht machen kann. Zudem wurde uns in der Kommission dargelegt, dass in Österreich und Grossbritannien äusserst positive Erfahrungen mit diesem System gemacht wurden. Der Hauptgewinn war die neue Verbindung zwischen dem Gesundheits- und Sozialwesen durch die sogenannten link workers. Wir stimmen der Weisung zu und sind einem Pilotprojekt gegenüber offen. Es ist sinnvoll, dass vier Ambulatorien berücksichtigt werden, damit verschiedene Ansprüche bezüglich Krankheitsbilder und Personengruppen getestet werden können. Unsere einzige Kritik betrifft die Handhabung von Personen, die nicht aus der Stadt Zürich sind.

Walter Anken (SVP): *Die SVP hat die Motion damals mit der Begründung abgelehnt, das Gesundheitswesen der Schweiz sei nicht mit dem englischen System vergleichbar. Wenn ich es richtig verstanden habe, tun die link workers nichts anderes, als die Patienten an der Hand zu nehmen und durch den Dschungel des Gesundheitswesens zu führen. Das System gleicht wirklich einem Dschungel, aber die Aufgabe der link workers ist im städtischen Gesundheitswesen bereits erfüllt. Diese Schnittstelle ist abgedeckt, wir brauchen keine zusätzlichen Arbeitnehmer. Dafür 2,5 Millionen Franken zu sprechen, ist unnötig. Kein Wunder, dass die Gesundheitskosten bei solchen Ausgaben stark steigen.*

Julia Hofstetter (Grüne): *Bei sozialen Sorgen und daraus resultierenden gesundheitlichen Schwierigkeiten von Luxusproblemen zu sprechen, ist respektlos. Die Medizin muss den Menschen als Ganzes unterstützen, Menschen sind keine Maschinen. Soziale Rezepte haben auf vieles eine Antwort. Die 2,5 Millionen Franken werden im ambulanten Bereich und in der Primärversorgung entlastend wirken. Die überarbeitete Version der Weisung gefällt uns gut, der Stadtrat hat unsere Kritik ernstgenommen.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Mit dem zweiten Anlauf hat der Stadtrat eine Weisung vorgelegt, die den Vorstellungen der Postulanten entspricht. Ich möchte mich für den Aufwand, den STR Andreas Hauri und seine Mitarbeitenden betrieben haben, um zu diesem Ziel zu kommen, bedanken. Ich bin mir sicher, dass Menschen mit Long Covid, chronischen Schmerzen oder HIV den Einsatz der link workers schätzen werden und sich ihre Lebensqualität verbessern wird. Die Weisung wird die Gesundheitsversorgung in der Stadt voranbringen. Bezahlt wird das Pilotprojekt mit Steuergeldern, nicht von der Krankenkasse. Dass es die Gesundheitskosten in die Höhe treibt, ist etwas vereinfacht.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Wir haben das Feedback des Gemeinderats ernstgenommen und ein neues Konzept ausgearbeitet. Ich freue mich über die Komplimente und gebe diese*



4 / 5

*gerne an die Mitarbeiterin weiter, die massgeblich für das Ausarbeiten des neuen Konzepts verantwortlich war. Entscheidend werden die Erkenntnisse sein, die wir aus dem Projekt gewinnen. Wir werden den Nutzen bei betroffenen Patient*innen genau prüfen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Moritz Bögli (AL); David Ondraschek (Die Mitte), Präsidium; Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Yves Henz (Grüne) i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Martina Novak (GLP), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Florine Angele (GLP)
Minderheit:	Referat: Thomas Hofstetter (FDP); Walter Anken (SVP), Dr. Frank Rühli (FDP), Deborah Wettstein (FDP)
Vakant:	1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung:	Referat: Moritz Bögli (AL); David Ondraschek (Die Mitte), Präsidium; Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Walter Anken (SVP), Yves Henz (Grüne) i. V. von Julia Hofstetter (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Dafi Muharemi (SP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Florine Angele (GLP), Deborah Wettstein (FDP)
Vakant:	1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für das vierjährige Pilotprojekt «Social Prescribing» werden neue einmalige Ausgaben von 2 507 000 Franken bewilligt.



5 / 5

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Die Motion GR Nr. 2020/83 von Dr. David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol (beide AL) vom 4. März 2020 betreffend Pilotprojekt für das Ausstellen von «sozialen Rezepten» in den städtischen Gesundheitsinstitutionen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 4. September 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 4. November 2024)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat